

«ENERGIEPOLITIK IST KEIN NEUTRALES TECHNISCHES THEMA»

CLAUDIA KEMFERT IM GESPRÄCH MIT KRISTIN LANGEN

DIE ENERGIEÖKONOMIN ERKLÄRT, DASS ENERGIE EIN MACHTFAKTOR IST UND DASS MIT DER ENERGIEWENDE AUS OHNMACHT GESTALTUNGSMACHT WERDEN KANN.

Im Mai 2026 treffe ich Claudia Kemfert zum Interview. Die schwarz-rote Bundesregierung hat in der Energiepolitik bereits weitreichende Weichen gestellt. Das Gebäudemodernisierungsgesetz soll den Einbau neuer Gas- und Ölheizungen weiterhin ermöglichen, mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) soll die Einspeisevergütung für kleine Photovoltaikanlagen schrittweise entfallen, das geplante Netzpaket könnte in vielen Regionen faktisch einem Ausbaustopp für Solarenergie gleichkommen.

Ausgerechnet in einer Zeit, in der der Krieg im Iran nicht nur vor Ort verheerende Folgen hat, sondern auch hierzulande erneut die Verwundbarkeit globaler Energieimporte offenlegt, hält die Politik an fossilen Energien fest. Währenddessen kritisiert der Expertenrat für Klimafragen, dass Deutschland die nationalen Klimaschutzziele mit «hoher Wahrscheinlichkeit» verfehlen wird.

Claudia Kemfert leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin und ist Professorin für Energiewirtschaft und Energiepolitik an der Leuphana Universität Lüneburg. In ihrem neuen Buch «Kurzschluss» analysiert sie, wie durch politische Fehlentscheidungen Energieabhängigkeiten verstärkt werden und damit nicht nur das Klima, sondern auch die Energieversorgung gefährdet wird. Doch neben ihrer Kritik an politischen Entscheidungen macht Claudia Kemfert deutlich, dass gerade aktuell kein Anlass für Resignation besteht: Jetzt gelte es, die Energiewende trotz aller Widerstände aktiv mitzugestalten.

Frau Kemfert, die schwarz-rote Bundesregierung ist seit einem Jahr im Amt. Erleben wir ein Rollback in der deutschen Energiepolitik?

Ich sehe sogar deutliche Rollback-Tendenzen – weniger in Form einer einzelnen großen Entscheidung, sondern vor allem durch viele verunsichernde Signale. Zentrale Weichenstellungen der Energiewende werden infrage gestellt, der Ausbau der Erneuerbaren wird ausgebremst und fossile Energie als Ausdruck von «Freiheit» verkauft. Ich blicke daher mit großer Sorge auf die schwarz-rote Energiepolitik.

Die Bundesregierung würde vermutlich entgegnen, dass sie die notwendigen Entscheidungen trifft, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Die Bundesregierung setzt in der Rhetorik auf Versorgungssicherheit und Pragmatismus. Das klingt gut und ist es natürlich auch. Problematisch wird es, wenn daraus abgeleitet wird, man müsse die Energiewende zurückfahren, fossile Heizungen länger erlauben und Gaskraftwerke massiv fördern. Schwarz-Rot will ja eine gute Zukunft ermöglichen – aber dafür braucht es keine fossile Rolle rückwärts, sondern klare Rahmenbedingungen, Investitionssicherheit und den Mut, fossile Kostenfallen endlich zu vermeiden. Dafür sehe ich allerdings keinerlei Ambitionen.

Wo zeigt sich das Ausbremsen der Energiewende besonders deutlich?

Im Stromsektor lassen sich derzeit drei zentrale Vorhaben beobachten: Erstens droht ein Ausbremsen der Energiewende über die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, wenn die Einspeisevergütungen für kleine PV-Anlagen infrage gestellt werden. Zweitens beim sogenannten Netzpaket: Hier sollen bestimmte Gebiete ausgewiesen werden, in denen neue Anlagen keine oder nur eingeschränkte Entschädigungen erhalten, wenn sie aufgrund von Netzengpässen heruntergeregelt werden müssen. Bisher bekommen Betreiber dafür einen Ausgleich, weil sie eigentlich Strom erzeugen können, ihn aber netzbedingt nicht einspeisen dürfen. Fällt diese Absicherung weg, steigt das Investitionsrisiko für neue Projekte. Kurzfristig mag das zwar Kosten senken, langfristig wird der Ausbau der Erneuerbaren leiden. Am Ende könnte

das zu einem Rückgang führen – und im Gegenzug zu mehr fossilen Kraftwerken, mehr Gas und höheren Energieimporten. Und das dritte Vorhaben ist das Kraftwerksgesetz: Hier werden fossile Anlagen als Netzreserve quasi festgeschrieben. Es ist vollkommen unverständlich, dass fossile Gaskraftwerke ausgebaut werden sollen, statt Lösungen wie Batteriespeicher, nachhaltige Biomasse oder andere Flexibilitätsoptionen zu wählen.

Müsste in Ihrer Aufzählung nicht auch das Gebäudemodernisierungsgesetz erwähnt werden?

Unbedingt! Der Gebäudesektor ist einer der zentralen Bereiche der Energiewende – schließlich wird hier viel Energie besonders in Form von Wärme benötigt. Wenn man dort weiter auf Öl und Gas setzt, macht das die Haushalte abhängig von den Entwicklungen der fossilen Preise. Das ist weder sozial weitsichtig noch ökonomisch klug. Das geltende Gebäudeenergiegesetz verlangt, dass neue Heizungen perspektivisch zumindest zu 65 Prozent mit Erneuerbaren betrieben werden. Diese Regelung soll abgeschafft und stattdessen weiterhin der Einbau von Öl- und Gasheizungen ermöglicht werden. Das neue Gesetz sieht vor, dass ins Gasnetz grüne Brennstoffe wie Biomasse oder Wasserstoff beigemischt werden sollen. Das ist eher kontraproduktiv: Studien zeigen, dass hierfür Biomasse nicht im notwendigen Umfang vorhanden ist. Zudem ist es ökonomisch unsinnig, weil die Beimischung von grünen Brennstoffen mit erheblichen Kostensteigerungen verbunden ist. Durch die angebliche Freiheit im Heizungskeller drohen mehrere Tausend Euro jährlich an Zusatzkosten für die Haushalte. In der Summe zeigen das EEG, das Netzpaket, das Kraftwerksgesetz und das Gebäudemodernisierungsgesetz, dass wir auf ein fossiles Rollback zusteuern.

Es ist noch gar nicht lange her, da bezeichnete Christian Lindner von der FDP die Erneuerbaren als «Freiheitsenergien» – das war nach dem russischen Angriff auf die Ukraine. Der Iran-Krieg und die aktuellen geopolitischen Spannungen machen die Abhängigkeit Deutschlands von fossilen Energieträgern erneut deutlich. Warum setzt die Politik dennoch weiter auf sie?

Das ist mir tatsächlich schleierhaft. Beide Kriege zeigen, wie verwundbar fossile Abhängigkeiten machen. Steigende Öl- und Gaspreise, höhere Transportkosten und Inflation sind keine Zufälle, sondern direkte Folgen eines Energiesystems, das stark von importierten fossilen Rohstoffen abhängt. Fossile Energien sind keine sichere Brücke in die Zukunft, sondern eher ein geopolitisches Risiko der Gegenwart. Wenn Energiepreise stark steigen, liegt das nicht an Berlin, sondern an den globalen Rohstoffmärkten, an Krisenerwartungen und Raffineriekapazitäten. Dagegen kann die nationale Politik nicht ansubventionieren – die fossilen Weltmarktpreise lassen sich nicht kontrollieren.

Trotzdem wird jetzt nur über Tankrabatte gesprochen, statt die eigentliche Abhängigkeit von importiertem Öl und Gas zu reduzieren.

Ja, das ist fatal! Erneuerbare Energien, E-Autos oder Wärmepumpen bedeuten nicht nur Klimaschutz, sondern auch ein Schritt hin zu energiepolitischer Souveränität. Ich bezeichne das ganze fossile System als geopolitisches Machtsystem, als «Fossilokratie». Die Fossilwirtschaft ist immer noch mächtig, aber sie ist nicht mehr zukunftsfähig. Sie verfügt über enormes Kapital, Lobbystrukturen, politische Kontakte, kommunikative Macht, ökonomisch und technologisch hingegen steht sie enorm unter Druck. Das Geschäftsmodell läuft aus – das ist auch in der Branche bekannt. Genau deswegen erleben wir so viel Abwehr. Da wird die Angst vor der Wärmepumpe geschürt, Angst vor E-Autos, Angst vor Erneuerbaren, Angst vor Veränderungen. Fossile Technologien werden als vertraut, pragmatisch und vermeintlich sicher dargestellt.

Sie haben mal sinngemäß gesagt, wir erleben nicht den Siegeszug der fossilen Wirtschaft, sondern ihren Todeskampf. Kann man das von Ihnen beschriebene energiepolitische Rollback als Todeskampf bezeichnen?

Die fossile Wirtschaft kämpft nicht mehr um ihre Zukunft, sie kämpft um lebensverlängernde Maßnahmen. Ihr Lobbyismus verkauft die Verzögerung als Vernunft, als Freiheit. Dieser Todeskampf, dieser Aufschub statt einem schnellen Ende für fossile Energien, schadet nicht nur

dem Klima, sondern ist auch teuer. Wenn Menschen gelockt werden, wieder neue Öl- und Gasheizungen anzuschaffen, tragen sie später die hohen Brennstoff-, CO₂- und Biomassepreise sowie die Umrüstkosten. Wenn Unternehmen weiterhin auf fossile Energien setzen, bleiben sie abhängig von den Rohstoffmärkten. Und wenn der Staat zusätzlich fossile Infrastrukturen fördert, bindet er Kapital, das an anderer Stelle für Erneuerbare, digitale und intelligente Netze und Speicher fehlt. Der Versuch, die fossilen Geschäftsmodelle zu verlängern, wird letztlich auch von den Verbraucher:innen, Steuerzahler:innen und Unternehmen finanziert. Das ist der entscheidende Punkt! Die Politik darf diesen Todeskampf nicht künstlich verlängern – sie muss Menschen und Unternehmen aus den fossilen Strukturen und ihren Kostenfallen befreien.

Ist diese Erzählung auch deshalb so wirkmächtig, weil das aktuelle Konsum- und Wachstumsmodell in Deutschland lange auf der Vorstellung beruhte, dass Energie aus Öl, Gas und Kohle billig und quasi unbegrenzt verfügbar sei?

Ja, aber fossile Energien waren nie wirklich billig, weil viele Folgekosten einfach ausgeblendet wurden: Klimaschäden, Luftverschmutzung, Gesundheitskosten oder geopolitische Abhängigkeiten. Dieses Modell hat zwar Wohlstand geschaffen, jedoch gleichzeitig enorme Risiken aufgebaut. Wohlstand heißt nicht mehr Verbrauch von fossilen Rohstoffen, sondern mehr Lebensqualität, mehr Unabhängigkeit, mehr Gesundheit, mehr Innovation, mehr Sicherheit und auch mehr Zukunftsfähigkeit. Das ist kein Verzichts-Narrativ, sondern ein Modernisierungs-Narrativ. Eine Wirtschaft, die mit weniger fossilen Energien mehr Wertschöpfung erzielt, ist stärker, nicht schwächer. Eine Industrie, die mit sauberem Strom effizient produziert, Materialien im Kreislauf führt und Abwärme nutzt, ist robuster. Städte mit guter Wärmeplanung und sauberer Mobilität sind lebenswerter. Die neue Wohlstandserzählung heißt nicht weniger Zukunft, sondern weniger Verschwendung.

Reicht es, fossile Technologien zu ersetzen? Oder braucht es ein anderes Wirtschaftssystem?

Grundsätzlich ist klar: Es reicht nicht, fossile Energien einfach durch Erneuerbare zu ersetzen. Wir müssen ein System, das auf Ressourcenverschwendung, Flächenverbrauch, Wegwerfproduktion und der Externalisierung von Kosten aufgebaut ist, durch ein klimaverträglicheres System ablösen, das anders wirtschaftet, produziert und konsumiert – und damit auch Wohlstand neu definiert. Das alte Modell hat Gewinne privatisiert und gleichzeitig Folgekosten ausgelagert. Diese Kosten tauchen in keiner Rechnung auf, werden aber trotzdem bezahlt: von der Allgemeinheit, von künftigen Generationen und vor allem von den Menschen, die am wenigsten zur Krise beigetragen haben.

Wir brauchen weiterhin Unternehmen, Innovation, Investitionen, Handwerk, Industrie und funktionierende Märkte – aber diese Märkte müssen Klimaschäden ehrlich einpreisen. Das Problem ist nicht die wirtschaftliche Aktivität an sich, sondern ein fossiler Kapitalismus, der Gewinne heute realisiert und die Kosten und Schäden an zukünftige Generationen weiterreicht. Diesen fossilen Kapitalismus gilt es zu überwinden. An seiner Stelle brauchen wir eine neue Wirtschaftsweise, die Wohlstand daran misst, wie gut Menschen leben können und die ökologischen Grundlagen erhalten bleiben.

Infobox: KlimaKlartext

Im Video-Podcast «KlimaKlartext» bespricht Claudia Kemfert einmal im Monat aktuelle energie- und klimapolitische Themen mit unserer Autorin, der Klima- und Wirtschaftsjournalistin Kristin Langen. In rund 40 Minuten wird hier in aller Tiefe über Themen wie das Gebäudemodernisierungsgesetz, CO₂-Speicherung oder Kipppunkte im Atlantik gesprochen. Der Podcast wird von der Frankfurter Rundschau veröffentlicht und ist überall abrufbar, wo es Podcasts gibt.

Jetzt könnte man denken, das klingt doch alles super – saubere Luft, saubere Energie, soziale Gerechtigkeit. Warum verfangen all die Narrative gegen die Energiewende, Wärmepumpen oder gegen E-Autos so gut?

Ich denke, ein Grund ist der, dass den Menschen gezielt Angst gemacht wird – dass ihnen die Energiewende als Teil des Problems verkauft wird und nicht als Teil der Lösung. In Politik, Wirtschaft und leider auch in den Medien wird oftmals eine Verzichtserzählung zusammenfabuliert, die funktioniert, weil sie an realen Sorgen anknüpft. Menschen haben Angst vor hohen Kosten, vor Überforderung und vor Kontrollverlust – die fossile Gegenerzählung lautet deshalb: «Macht euch keine Sorgen, es bleibt alles beim Alten!» Das klingt beruhigend, ist aber grob falsch. Fossile Narrative sind wirksam, weil sie einfache Antworten geben: «Die Wärmepumpe ist schuld, das E-Auto ist schuld, die Klimapolitik ist schuld.» Das ist eingängig, emotional und entlastend – da muss man sich nicht mit komplexen Ursachen beschäftigen, mit fossilen Importabhängigkeiten, CO2-Kosten, Weltmarktpreisen, Lobbyinteressen. Die fossilen Narrative verfangen so gut, weil sie simple Schuldige anbieten und verschweigen, dass das alte System selbst die Krise produziert.

Sie erleben diese Abwehr gegen die Energiewende als Wissenschaftlerin auch persönlich in Form von digitaler Gewalt, Hassnachrichten und Diffamierungen.

Also grundsätzlich geht es nicht um mich persönlich. Natürlich kann man sich nicht immer abgrenzen: Wenn Menschen beleidigen, verzerren oder auch gezielt versuchen, einen zu diskreditieren, lässt einen das nicht kalt. Aber diese Angriffe richten sich nicht gegen mich als Person, sondern gegen das, wofür meine wissenschaftlichen Analysen stehen. Energiepolitik ist kein neutrales technisches Thema. Da geht es um sehr viel Geld, um Geschäftsmodelle, um Macht, um Deutungshoheit. Wenn man wissenschaftlich begründet sagt, dass Öl, Gas und Kohle keine Zukunft haben, dann berührt man wirtschaftliche Interessen. Und deshalb wird nicht das Argument angegriffen, sondern die Person. Wenn man behauptet, die Klimapolitik oder ich persönlich nehme den Menschen ihre Heizung, ihr Auto, ihre Freiheit, dann erzeugt das Angst – und Angst ist sehr wirkungsvoll.

Wie gehen Sie damit um?

Ich unterscheide immer zwischen Kritik und Angriff. Kritik ist legitim und wichtig: Wissenschaft lebt von Prüfung, Debatte, Widerspruch und Diskurs. Aber Hass, Drohungen, Desinformationen und persönliche Diffamierungen sind etwas anderes. Das heißt für mich konkret: Ich reagiere nicht auf Provokationen, sondern konzentriere mich auf die Sache, auf Fakten, auf seriöse Gespräche und auf Menschen, die wirklich an Lösungen interessiert sind. Wichtig ist mir der Rückhalt im wissenschaftlichen Umfeld, bei Kolleg:innen, im privaten Bereich und bei Menschen, die konstruktiv mitdenken. Es ist wichtig, nicht leiser zu werden, nur weil andere lauter werden.

Geht es dabei auch um Macht?

Ja, die Energiewende verändert Machtverhältnisse. Ein fossiles Energiesystem ist zentralisiert, importabhängig und von großen Rohstoffströmen geprägt. Das erneuerbare Energiesystem ist dezentraler, effizienter, regionaler und damit auch demokratischer – das verschiebt die Wertschöpfung und auch den Einfluss.

Ist deshalb die Gegenwehr so stark?

Wissenschaftler:innen werden häufig persönlich angegriffen, weil das einfacher ist als sachliche Gegenargumente. Bei unbequemen Fakten wird versucht, die Überbringer:innen der Fakten zu diskreditieren. Das ist ein altbekanntes Muster, man greift die Glaubwürdigkeit, die Motive und auch die Personen an, statt sich mit konkreten Daten und den Analysen auseinanderzusetzen. Frauen in öffentlichen Debatten erleben das besonders häufig, so auch ich. Fachliche Kritik schlägt dann schnell um in persönliche Abwertung, Häme, Einschüchterung. Das ist belastend, aber es ist vor allem demokratisch problematisch, weil es Menschen davon abhalten soll, öffentlich zu sprechen.

Aber Sie lassen sich nicht davon abhalten, präsent zu bleiben?

[schmunzelt] Ich komme aus dem Norden Deutschlands, da ist Gegenwind Energie. Und der Wind kann sich auch wieder drehen – dann wird aus Gegenwind Rückenwind. Wir sind starken Gegenwind gewöhnt, das hat mich stark geprägt.

Gegenwind als Rückenwind zu begreifen ist eine schöne Metapher. Bei vielen Menschen löst die aktuelle Klima- und Energiepolitik ja eher ein Gefühl von Ohnmacht aus. In Ihrem zuletzt erschienenen Buch schreiben Sie, Energie sei ein zentrales Feld, auf dem gerade die Zukunft ausgefochten wird – und das zu verstehen sei der erste Schritt aus der Ohnmacht. Wie meinen Sie das?

Wer Energie kontrolliert, kontrolliert die Wirtschaft. Wer Energiesysteme beherrscht, bestimmt geopolitische Machtverhältnisse. Energie ist Macht, Wohlstand, Sicherheit. Viele Menschen erleben Energie heute als etwas, was ihnen passiert. Der Ölpreis steigt irgendwo auf dem Weltmarkt, Gas wird irgendwie knapp, die Stromrechnung verändert sich, an der Tankstelle wird es teurer – das erzeugt ein Gefühl von Kontrollverlust, von Ohnmacht. Deswegen ist die Energiewende so wichtig: Sie ist ein Weg, um Kontrolle zurückzugewinnen. Wer weniger abhängig ist von Öl- und Gasimporten, ist geopolitischen Krisen gegenüber nicht so sehr ausgeliefert. Wer eigene Erneuerbare Energien erzeugt, wer Speicher nutzt, wer kommunale Wärmenetze aufbaut, wer den öffentlichen Verkehr stärkt, der gewinnt Handlungsspielräume zurück. Energie wird vor Ort erzeugt, Kosten werden planbar, Kommunen können gestalten, Haushalte können unabhängiger werden, Unternehmen können sich gegen fossile Preisschocks absichern.

Erneuerbare, Energiewende, Transformation – das klingt alles sehr abstrakt und technisch. Wie lässt sich über die Zukunft der Energie sprechen, dass sie konkret vorstellbar wird?

Die Fortschrittserzählung der Energiewende ist oft zu schwach, weil sie häufig zu abstrakt, zu defensiv, zu technisch erzählt wird. Wir sprechen über Megawatt, über CO₂-Budgets, über Effizienzstandards. Das ist wichtig, aber es erreicht Menschen emotional nicht. Wir müssen die Energiewende in die Alltagssprache übersetzen. Eine Wärmewende oder Wärmepumpe schützt vor einem Gaspreisschock, ein E-Auto bedeutet weniger Abhängigkeit vom Öl, eine Solaranlage ist eigene, saubere Energie, Speicher sind Sicherheit, ein saniertes Haus ist Komfort, ein Wärmenetz ist kommunale Daseinsvorsorge, ein flexibles Stromnetz ist moderne Infrastruktur – und so weiter.

Die Energiewende sollte also nicht als abstraktes Ingenieursprojekt, sondern eher als Alltagsversprechen verstanden werden?

Ja, sie ist das Versprechen, warm zu wohnen, bezahlbar mobil zu sein, unabhängig und sauber zu leben, gesunde Luft zu atmen. Die Energiewende ist der Schutzschirm gegen fossile Energie, Kriege und Krisen. Es braucht eine ganz klare Sprache, damit Vertrauen entsteht. Die Energiewende nimmt uns nicht die Sicherheit, sie gibt sie uns zurück – sie ist die Grundlage für Wohlstand und Wertschöpfung.

Viele Menschen sind verunsichert, weil sie widersprüchliche Informationen zu hören bekommen. Wer vermitteln kann, dass eine Wärmepumpe kein Objekt des Kulturkampfs ist, sondern eine effiziente Heiztechnik, der trägt schon zur Entschärfung und Versachlichung der Debatte bei. Die Energiewende wird nicht nur in Ministerien entschieden, sie wird auch in Rathäusern, Stadtwerken, Nachbarschaften und Gemeinderäten gestaltet und alle können sich dort einmischen und mitmachen. Wichtig ist, vom Gefühl des Ausgeliefertseins ins Handeln zu kommen. Wir sind nicht nur betroffen von der Transformation, wir alle können und sollten sie mitgestalten.

Biobox: Prof. Claudia Kemfert

1968 in Delmenhorst geboren, studierte Wirtschaftswissenschaften in Bielefeld, Oldenburg und Stanford. Seit 2004 ist sie Leiterin der Abteilung «Energie, Verkehr, Umwelt» am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin und seit 2020 Professorin für Energiewirtschaft und Energiepolitik an der Leuphana Universität Lüneburg. Im März 2026 erschien ihr neues Buch «Kurzschluss: Wie wir unsere Energiezukunft verspielen» im Campus Verlag.

Der Umwelt zuliebe wurde auf die Wiedergabe von Fotos in der Druckversion verzichtet.
Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach
Genehmigung des Herausgebers.

© 02. Juli 2026 | ENERGIEWENDE-MAGAZIN